

Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft

10. November 2018

China benutzt tibetischen Buddhismus für lokale Expansionspläne

China bemüht die tibetisch-buddhistische Religion für seine ehrgeizigen lokalen Expansionspläne in Südasien im Rahmen der sogenannten «Belt and Road Initiative». Die Zielländer von „One Belt“ sind die Mongolei, mehrere Staaten der früheren Sowjetunion und Osteuropas; diejenigen von „One Road“ Länder in Südasien und dem Mittleren Osten. Dieses mit Milliarden-Investitionen geförderte Projekt soll mittels Darlehen die Infrastruktur in den aussersehenen Ländern verbessern, um Handelsrouten zu etablieren; hier nimmt Tibet eine zentrale Position als Chinas Zugang zu den unmittelbaren Zielländern in Südasien ein, nämlich Pakistan, Myanmar, Bangladesh und die Länder der indochinesischen Halbinsel. Bereits jetzt wird die Eisenbahnlinie in Tibet weiter ausgebaut mit Plänen, diese bis zur nepalischen Grenze zu verlängern.

Wie die kommunistische Parteizeitung Global Times berichtet, wurde im Oktober in der Provinz Qinghi im Norden Tibets ein zweitägiges Symposium abgehalten, um zu sehen, wie der tibetische Buddhismus dieses Projekt fördern könnte. Dazu waren auch buddhistische Mönche und Gelehrte eingeladen. Ein Vertreter der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften führte aus, dass der tibetische Buddhismus als eine Brücke zur Kommunikation zwischen China und buddhistischen Ländern in Südasien dienen könnte. Indien dagegen verweigere sich, was die Initiative erschwere. Ein Grund sei, dass der Dalai Lama dort eine «separatistische Basis» unterhalte. Die Förderung der Initiative durch den tibetischen Buddhismus sei daher von strategischer Bedeutung.

Weitere Redner betonten, dass die «sanfte Kraft» des tibetischen Buddhismus langfristig «harte Fakten» schaffe. Das Projekt habe bereits neue Energie für die chinesisch-nepalischen Beziehungen freigesetzt. Auch zur Mongolei würden neue Beziehungen aufgebaut, indem Gelehrte in den Lama-Tempel und das Tibetische-Buddhistische Kolleg in Beijing eingeladen wurden. Das Projekt würde «Separatismus, religiösen Extremismus und Terrorismus» bekämpfen, weil es «Harmonie» und «Gewaltfreiheit» fördere.

Indien hat gegen den geplanten Korridor zwischen China und Pakistan protestiert, weil dieser in Kaschmir durch von Indien beanspruchtes Gebiet führt.

The Indian Express, 30. Oktober 2018

Religiöses Fest in Larung Gar zum dritten Mal verboten

Wie schon in den Vorjahren haben die Behörden in der Präfektur Kardze das Dechen Shingdrup Fest im Kloster Larung Gar verboten. Auch ist es allen Auswärtigen untersagt, die weitläufige Klosterstadt zu besuchen. Die Klosterakademie war in den vergangenen Monaten von gross angelegten Wegweisungen von Mönchen, Nonne und Laien sowie erzwungenem Abriss von Unterkünften betroffen. Die Zugänge sind bereits seit mehreren Monaten nur noch durch spezielle Porten mit Personenkontrolle möglich, so dass sich alle Besucher leicht kontrollieren lassen.

Das Dechen Shingdrup Fest wird traditionell am 18. Tag des 9. Monats des tibetischen Kalenders gefeiert, dauert eine Woche, und zog in den Jahren, als es erlaubt war, zahllose Gläubige auch aus entfernten tibetischen Regionen an. Petitionen, das Fest in diesem Jahr zu gestatten, möglicherweise in kleinerem Massstab nur für die Bewohner von Larung Gar, blieben unbeantwortet. Gründe für das Verbot wurden laut Informanten von Radio Free Asia nicht genannt. Im letzten Jahr wurde das Fest verboten, weil die „Renovationen“ – sprich Abrissarbeiten - noch nicht abgeschlossen waren.

Radio Free Asia, 25. Oktober 2018

Mönche und Nonnen werden für die „Sinisierung der Religion“ trainiert

Ausgewählte Mönche und Nonnen in Tibet werden in einer von Staatspräsident Xi Jinping lancierten Kampagne als Repräsentanten für die „Sinisierung der Religion“ trainiert. Religiöse Würdenträger sollen sich gemäss der „Politik der vier Standards“ verhalten. Es ist nicht genug, religiös gebildet zu sein, sondern „politische Verlässlichkeit“, „moralische Integrität“ und „aktives Bekämpfen“ von Protesten gegen die chinesische Herrschaft werden nun von ihnen gleichermassen verlangt. Für den höheren Titel eines Geshe, eines religiösen Gelehrten, wird jetzt auch eine Ausbildung „Politik, Jura, und Geschichte“ – selbstverständlich aus chinesischer Sichtweise – gefordert, um die staatliche Anerkennung zu erhalten.

Gemäss Beobachtern wie Human Rights Watch ist diese neue Kampagne ein Eingeständnis, dass frühere Versuche, die Klöster zum Beispiel durch ein von aussen eingesetztes „Management-Komitee“ oder Denunziationskampagnen gegen den Dalai Lama unter staatliche Kontrolle zu bringen, nicht den gewünschten Erfolg brachten. Statt zahllose Kader von aussen in die Klöster zu delegieren, versuche man nun, die Religion quasi „von innen“ gefügig zu machen. Dieses wird indirekt auch durch die kommunistische Parteizeitung Global Times bestätigt, die in einem Bericht anmerkt, dass die Kampagne effektiver sein könnte als frühere, weil die trainierten religiösen Würdenträger „ein besseres Verständnis für die Denkweisen und Gewohnheiten in ihrer Gruppe“ hätten als die entsandten Kader.

Radio Free Asia, 1. November 2018

Dr. Uwe Meya

Rheintalweg 22
CH-4125 Riehen
meya@vtxmail.ch